

Die „Friedenspolitik“ der G8

Verarmen – Aufrüsten - Intervenieren

Claudia Haydt

Erklärtes Ziel des G8 Gipfels von 2007 ist es, unter anderem „Frieden und Sicherheit“ zu fördern – besonders in Afrika. Doch ist die Gruppe der Acht als selbst erklärte Weltregierung wirklich willens und in der Lage, wesentlich dazu beizutragen? Die versammelten Staaten sind direkt (durch Interventionen, Waffenlieferungen oder Ausbildung von Militärs) und indirekt (Durchsetzung neoliberaler Handelsregime und damit Verarmung in vielen Staaten) verantwortlich für die Gewaltverhältnisse in vielen Teilen der Welt. Die G8 vereint die wesentlichen globalen machtpolitischen Akteure. Die ursprüngliche Definition der Zugehörigkeit über wirtschaftliche Stärke wurde bei der Ausweitung der G7 um Russland aufgeweicht. „Es geht nicht nur um das Wirtschaftspotential Russlands“ erklärte das G8-Information Center vor dem Gipfel in Petersburg, „sondern um seinen Einfluss auf die globale Situation.“¹ Dieser politische Einfluss wird mehr und mehr definiert über militärische Stärke, die von allen G8 Staaten derzeit ausgebaut wird.

Die westlichen Staaten, allen voran die USA, aber auch viele europäische Staaten, haben eine Doktrin des globalen Interventionismus entwickelt, die die Welt in immer neue und unbegrenzte Kriege zu reißen droht. Die Auswirkungen dieser neuen Gewaltwelle auf globaler Ebene sind noch nicht vollständig absehbar. Immer deutlicher wird aber der Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Globalisierung und militärischer Gewaltausübung. Kriege werden zum Zwecke der Durchsetzung ökonomischer Interessen bewusst herbeigeführt, oder sie „brechen aus“ als Folge sozialer Desintegration und wirtschaftlicher Destabilisierung, die mit der Durchsetzung ökonomischer Interessen gerade in ärmeren Ländern oft einhergeht. Zugespitzt könnte man formulieren: Der Imperativ der neoliberalen Globalisierung heißt Krieg. Warum diese Fixierung auf militärpolitische Stärke die globale Kriegsgefahr verstärkt und an welchen Punkten mehr oder weniger direkt Unruhen und Bürgerkriege durch die G8 Staaten ermöglicht und verstärkt werden, soll im Folgenden erläutert werden.

Die Struktur der Bürgerkriege

Gerne werden die Ursachen für das Ausbrechen von Gewalt in Ländern, deren Entwicklung durch Kolonialis-

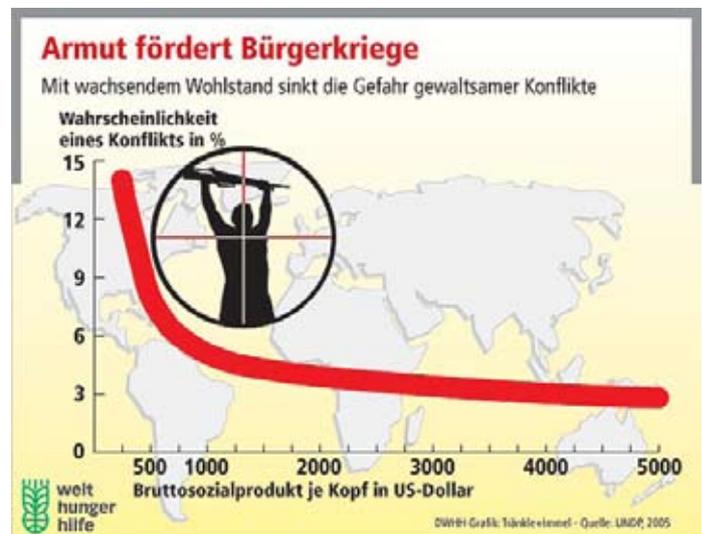
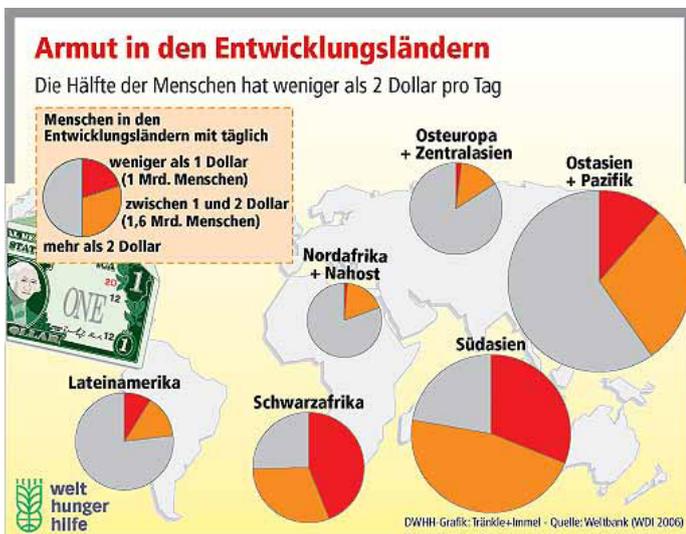
mus und aktuelle internationale Politik behindert wurde und wird, auf irrationale ethnische oder religiöse Konflikte zurückgeführt. Neuere Studien kommen jedoch zu dem Ergebnis, dass das heute vorherrschende Bild - und damit auch die politischen Schlussfolgerungen - von Konfliktursachen grundlegend revidiert werden muss. Armut und damit die derzeitige Weltwirtschaftsordnung kommen immer stärker ins Zentrum der Aufmerksamkeit.

Armut als Kriegsgrund Nummer 1!

Für die Armut in vielen Ländern ist die Kolonialpolitik der westlichen Staaten genauso mit verantwortlich wie die Funktionsweise der gegenwärtigen Weltwirtschaftsordnung. Diese führt auf verschiedene Weise zu einer dramatischen Verarmung weiter Teile der Weltbevölkerung (siehe auch Lydia Krügers Beitrag). Mittels so genannter Strukturanpassungsprogramme erzwungene Maßnahmen der Liberalisierung, Privatisierung und Deregulierung, die Kernelemente neoliberaler Globalisierung, tragen direkt zur Verarmung bei. Auch der Verfall von Rohstoffpreisen (Terms of Trade) hat für die überwiegend von Rohmaterialexporten abhängigen Entwicklungsländer verheerende Folgen. Selbst der Klimawandel, der vor allem durch die reichen Industriestaaten und deren fahrlässige Politik zu verantworten ist, tötet. Der Klimawandel führt zur Ausbreitung von Wüsten. Alle 10 Tage geht Land in der Größe Berlins für die Bewirtschaftung verloren und eine Fläche, die etwa 3,5mal die Europas umfasst, ist von Verödung bedroht. Rund eine Milliarde Menschen vor allem in Afrika sind dadurch in ihrer Lebensgrundlage gefährdet. Dies wiederum führt zu Hunger, Armut, Migration und eben auch Konkurrenz um die verblieben Ressourcen. Der Konflikt in Darfur etwa ist auch ein Konflikt zwischen Viehzüchtern und Ackerbauern um immer weniger Wasser.

Angesichts dieser dramatischen Entwicklungen können es sich selbst die G8-Staaten nicht mehr leisten, tatenlos zu erscheinen, weshalb auf allen Gipfeln der letzten Jahre Armutsbekämpfung zum Ziel erklärt wurde. Konkrete Veränderungen folgen jedoch selten. Oft verschlechtert sich sogar die Situation. So wird im Rahmen der EU-Haushaltsplanung sichtbar, dass bis 2013 der Budgetanteil des Beitrags der EU zu den Millenniums-Entwicklungszielen, die eine Halbierung der Armut

¹ G8 Informationszentrum; <http://www.g7.utoronto.ca/> Startseite am 12.6.2006



zum Ziel haben, sinken wird, gleichzeitig soll der Anteil für „sicherheitsorientierte“ Instrumente zunehmen. Entwicklungshilfegelder werden vermehrt für Militär und Polizei ausgegeben (z.B. im Kongo). Es verwundert deswegen nicht, wenn die Finanzmittel für konkrete Entwicklungshilfe reduziert werden. Im Haushaltsplan der Kommission wurde entsprechend der Ansatz für die Bekämpfung armutsbedingter Krankheiten im Jahr 2006 auf 76 Millionen gekürzt. 2005 waren es noch 102 Millionen.² Die Kürzung von Geldern für die Bekämpfung von HIV/AIDS, Malaria und Tuberkulose ist mehr als befremdlich, erklärten EU-Politiker doch (z.B. auf dem G8-Gipfel in Edinburgh 2005), dass sie ihre Anstrengungen in diesen Bereichen steigern werden. Dazu kommt, dass AIDS auch massive sicherheitspolitische Implikationen hat. Steigende Zahlen von AIDS-Waisen lassen die Menge von sozial und ökonomisch nicht versorgten Kindern und Jugendlichen wachsen, führen vermehrt zur Bildung von (klein)kriminellen Jugendgangs und machen die Rekrutierung von Kindersoldaten verhältnismäßig einfach.

Die Tatsache, dass von den G8-Staaten keinerlei ernsthafte Anstrengungen unternommen werden, die strukturellen Ursachen von Armut zu beseitigen, macht sie direkt für das Aufbrechen von Kriegen und Konflikten in der Dritten Welt verantwortlich. So zeigt sich etwa, dass zahlreiche Konflikte unmittelbare Folge einer durch Strukturanpassungsprogramme des Internationalen Währungsfonds verursachten Verarmung sind, wie beispielsweise Michel Chossudovsky anhand zahlreicher Beispiele belegt hat.³ Selbst die Weltbank hat inzwischen den unmittelbaren Zusammenhang zwischen Armut und Krieg in einer bemerkenswerten Studie eingeräumt: „Empirisch ist das auffälligste Muster, dass sich Bürgerkriege besonders auf arme Staaten konzentrieren. Krieg verursacht Armut, aber wichtiger noch für diese Konzentration ist, dass Armut die Wahrscheinlichkeit von Bürgerkriegen erhöht. Somit kann unser zentrales Argument bündig zusammengefasst werden: die zentrale Konfliktursache (central root cause of conflict) ist

das Scheitern ökonomischer Entwicklung.“⁴ Die Weltbank kommt damit zu einem völlig anderen Kausalzusammenhang zwischen Armut, Kriegen und Konflikten als das interventionistische Credo der G8-Staaten, beispielsweise der Europäischen Sicherheitsstrategie, in der es heißt: „Ohne Sicherheit keine Entwicklung“. Der Schwerpunkt der EU-Außenpolitik auf dem Sicherheitsaspekt führt zu einer Einschränkung der Ressourcen für entwicklungspolitische Programme, wie etwa für die oben erwähnten Millenniums-Entwicklungsziele zugunsten machtpolitischer Erwägungen.

Die Feststellung, dass Armut der wichtigste einzelne Faktor für den Ausbruch bewaffneter Konflikte ist, deckt sich mit den meisten derzeitigen Studien zur Konfliktursachenforschung. So erschien beispielsweise Ende 2006 ein Bericht der ebenfalls linker Ambitionen unverdächtigen Bertelsmann Stiftung, der zu dem Ergebnis kommt, dass „die weitaus überwiegende Zahl von politischen Gewalttaten auf lokale Ursachen wie Hunger, Ungleichheit oder Entrechtung zurückzuführen“ sind.⁵ Auch die Welthungerhilfe bestätigt diese Erkenntnisse (siehe auch Grafik): „Wissenschaftliche Untersuchungen zeigen eindeutig: Je ärmer ein Land, desto höher die Wahrscheinlichkeit, dass in diesem Land ein Bürgerkrieg ausbricht. Je höher das Nationaleinkommen, desto geringer wird die Gefahr eines Waffengangs. Statistisch betrachtet lässt ein Einbruch des Wirtschaftswachstums um fünf Prozent die Wahrscheinlichkeit eines bewaffneten Konflikts um 50 Prozent ansteigen. Verdoppelt sich das Bruttosozialprodukt von 250 auf 500 US-Dollar pro Einwohner, halbiert sich die Wahrscheinlichkeit, dass es den nächsten fünf Jahren zum Bürgerkrieg kommt. [...] Die entwicklungspolitische Konsequenz ist klar: Wer Bürgerkriegen vorbeugen will, muss die Armut bekämpfen.“⁶

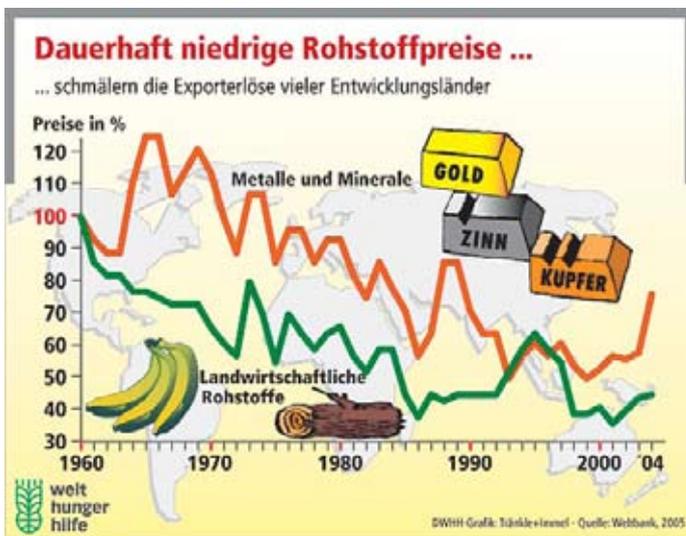
4 Collier, Paul: Breaking the conflict trap (World Bank Policy Research Report), 2003, S.46., S. 53.

5 Croissant, Aurel/Hartmann, Hauke, Der Kampf der Kulturen findet nicht statt, Frankfurter Rundschau, 21. November 2006; Vgl. auch Bertelsmann Stiftung (Hg.), Political Violence, Extremism and Transformation, Gütersloh 2006.

6 Immel, Karl-Albrecht: Armut fördert Bürgerkriege, Welthungerhilfe, Januar/Februar 2006, URL: <http://www.welthungerhilfe.de/1029.html>

2 Haushaltsplan der Kommission, Titel 21020702.

3 Vgl. Chossudovsky, Michel: Global Brutal, Frankfurt 2002.



Unter den gegenwärtigen Bedingungen ist jedoch das nötige Wachstum für die Verliererstaaten der Globalisierung kaum zu erzielen und so bewegen sich diese in einer „Konfliktfalle“, in der aus Hoffnungslosigkeit leicht Kriege werden können und diese Kriege – nach ihrem Ende – oft die ökonomische und politische Grundlage für neue Kriege bilden. So produziert Armut Krieg und Krieg produziert Armut.

Ethnisch-religiöse Kriege?

Entgegen gängiger Wahrnehmungsmuster ist ethnische und religiöse Vielfalt kein Bürgerkriegsgrund. Im Gegenteil, wiederum ist es die bereits erwähnte Weltbank-Studie, die mit diesem Klischee gründlich aufräumt: „Substantielle ethnische und religiöse Diversität reduziert das Risiko von Bürgerkrieg deutlich“⁷

Homogenität auf der anderen Seite reduziert das Risiko nicht, wie etwa in Somalia (mit einer ethnisch und religiös äußerst homogenen Bevölkerung) zu beobachten ist. Multiethnische und multireligiöse Gesellschaften sind oft weniger atomistisch als homogene Gesellschaften. Ethnische oder regionale Zugehörigkeit wird häufig dann beschworen, wenn in der entsprechenden Region wertvolle Ressourcen gefunden werden. Das Risiko eines Bürgerkrieges verdoppelt sich, wenn es in einer Region relevante Rohstoffe gibt. Doch auch wenn die Akteure in solchen Ressourcenkriegen „die Sprache historischer ethnischer Unterdrückung benutzen, wäre es doch sicher naiv Ethnizität als tatsächliche Wurzel des Konfliktes zu betrachten.“⁸

Billige Ressourcen und westliche Brandstifter

In Regionen mit ökonomisch interessanten Ressourcen ist nicht nur das Risiko des Ausbruchs eines Bürgerkriegs höher, sondern dies ist oft auch die Grundlage für lang anhaltende Konflikte, in denen „der Krieg den Krieg nährt“. In vielen Regionen versuchen (Bürger-)Kriegsparteien ihren Kampf durch den Verkauf von Ressourcen auf weltweiten (Schwarz-)Märkten zu finanzieren. Das funktioniert durch illegale Exporte z.B. im

Bereich der Drogenökonomie (Kolumbien oder Afghanistan) genauso wie auf legalen Märkten durch den Verkauf von Erdöl (Nigeria, Sudan), Holz (Kambodscha) oder Erzen (Indonesien). Diese ökonomischen Machtkämpfe werden häufig angeheizt durch internationale Unternehmen, die mit einer der Konfliktparteien Verträge abschließen und so die Konflikte finanzieren und motivieren. Die G8-Staaten hätten es hier in der Hand, durch ihre Importpolitik ein Beispiel zu geben und die Finanzierung von Konflikten weit gehend zu unterbinden, leider ist auch hier das Gegenteil der Fall.

Es gibt ein großes internationales Interesse an sicherer Rohstoffversorgung und viele westliche Industriestaaten haben dies auch in ihren nationalen Strategiepapieren als vitales Interesse formuliert.⁹ Das Interesse gilt aber nur der Versorgung der eigenen Industrie und der eigenen Märkte mit Rohstoffen und verbindet sich häufig mit einem eklatanten Desinteresse an den Bedingungen, unter denen sie gewonnen werden. „Ressourcenbasierte Konflikte in Gegenden wie Kongo, Aceh oder Bantai mögen weit entfernt von den Einkaufszentren der westlichen Welt liegen, die Ressourcen jedoch, derentwegen so viel Blut vergossen wird, sind schlussendlich für die Verbraucher der wohlhabenden Länder der Welt bestimmt ...“¹⁰

Geradezu exemplarisch für die Verschränkung von westlicher Konsumwelt und Ressourcenkonflikten ist der Rohstoff Coltan. Der Handy-Boom Ende der 1990er Jahre hat den Preis für Kolumbit-Tantalit (kurz: Coltan) teilweise um das Zehnfache ansteigen lassen. 400 \$ wurden für ein Kilo des für die Elektronikindustrie ungemein wichtigen Werkstoffs im Jahr 2000 bezahlt. Der Bürgerkrieg in der demokratischen Republik Kongo wird auch um den Zugriff auf diesen Rohstoff geführt. Schon als 1998/99 ruandische Truppen mit den verbündeten Rebellen der RCD (Rally for Congolese Democracy) in den Kongo eindringen, erbeuteten sie u.a. mindestens 1000 Tonnen bereits abgebautes Col-

⁹ Entsprechende Passagen finden sich sowohl im Bundeswehr-Weißbuch, dem European Defence Paper und natürlich ebenfalls in sämtlichen US-amerikanischen Strategiepapieren.

¹⁰ Worldwatch Institute Report: Zur Lage der Welt 2002; 2002, S. 254f.

⁷ Collier 2003, S.57.

⁸ Collier 2003, S. 61.

tan. Zusätzlich förderten sie weiteres Coltan auf dem beschlagnahmten Land kongolesischer Bauern. Nach Angaben der RCD-Rebellen bauten sie monatlich 100 bis 200 Tonnen ab. Auch wenn der Preis für Coltan zwischenzeitlich wieder etwas gefallen ist, so sind die Einnahmen aus diesem Geschäft nach wie vor ein bedeutender Faktor bei der militärischen Auseinandersetzung im Kongo. Die verschiedenen EU-Einsätze sind deshalb sicher nicht völlig unabhängig von den dort vorhandenen Rohstoffen zu verstehen.¹¹

Viele Länder sind rohstoffreich, aber ihre Bevölkerung bettelarm. Vom Abbau und Verkauf der Rohstoffe profitieren nur die internationalen Investoren sowie eine kleine Elite aus Unternehmern und Regierungsmitarbeitern, während die Bevölkerungsmehrheit bestenfalls leer ausgeht und im schlechteren Fall unter den Bedingungen des Abbaus erheblich zu leiden hat. Umweltverschmutzung, Landenteignung, Zerstörung traditioneller Lebensräume und Zwangsarbeit sind nur einige der negativen Auswirkungen.

Selten werden beim Abbau der Rohstoffe demokratische Spielregeln eingehalten. Betroffene werden oft weder bei der Ausgestaltung der Rohstoffnutzung beteiligt noch werden sie informiert.

„Sicherheitskräfte“ und Waffenhandel

„Hilfe“ für destabilisierte Regionen sieht nicht selten so aus, dass Armeen und Polizei gestärkt werden. Ausbildung, Beratung und Ausrüstung von „Sicherheitskräften“ diente zu Zeiten des Kalten Krieges vor allem der „Eindämmung“ des jeweiligen Gegners. Die neuen „Argumente“ klingen nun bei allen G8 Staaten (inklusive Russland) gleich: „Bekämpfung von Terrorismus“, „Eindämmung von Drogenhandel“ oder schlicht „Festigung der Staatsgewalt“. Demokratische Ansätze in ärmeren Regionen werden dadurch meist geschwächt, während gleichzeitig eine Zunahme des Militarismus befördert wird. Auch empirisch lässt sich belegen, dass eine Steigerung der Militärausgaben (und der Hilfe dafür aus dem Ausland) auch bei bürgerkriegsgefährdeten Ländern keinerlei effektive Reduzierung des Konfliktrisikos darstellt. Hohe Militärausgaben erzielen auch keinen Abschreckungseffekt auf Rebellen. Es kann eindeutig nachgewiesen werden, dass das Kriegsrisiko mit der Höhe der Militärausgaben steigt. Dieser Effekt ist auch dann nachweisbar, wenn man berücksichtigt, dass die Ausgaben dort höher sind, wo die Unsicherheit größer ist.

11 So gab der deutsche Verteidigungsminister Franz-Josef Jung an, im Kongo gehe es „um zentrale Sicherheitsinteressen unseres Landes. [...] Stabilität in der rohstoffreichen Region nützt auch der deutschen Wirtschaft.“ Der CDU-Abgeordnete Andreas Schockenhoff schreibt: „Kongo ist eines der ressourcenreichsten Länder der Welt und verfügt vor allem über strategische Rohstoffe, die für Europa wichtig sind: Wolfram, Mangan- und Chromerze, Kobalt, Uran, Erdöl, Coltan, Beryllium. Europa und Deutschland haben ein Interesse daran, dass der Abbau dieser Ressourcen legal und nach marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten erfolgt.“ Vgl. Pflüger Tobias: Kongo-Militäreinsatz: Es geht um EU-Interessen, in: Wissenschaft und Frieden 3/2006.

Tabelle: Zusammenhang von Militärausgaben und Bürgerkriegsrisiko

Anteil der Militärausgaben am Bruttoinlandsprodukt	Risiko eines Bürgerkriegs
3,5%	10%
4,3%	30%
5,1%	50%

(Quelle: World Bank: *Breaking the Conflict Trap*, 2003, S. 72ff.)

Regierungen, deren Prioritäten in einer sozialen Politik liegen, die allen Bevölkerungsteilen zugute kommt, signalisieren damit ein Interesse an Ausgleich und Frieden. Hohe Militärausgaben signalisieren das Gegenteil und lassen Vereinbarungen mit Rebellen oder sozialen Bewegungen als völlig unglaubwürdig erscheinen. „Hilfe“ westlicher Staaten zur Herstellung von „Ordnung und Sicherheit“ versucht teilweise, die problematische Stärkung des Militärs dadurch zu vermeiden, dass lokale Polizei unterstützt oder aufgebaut wird. Doch auch diese Maßnahmen bringen für die Bevölkerung nicht unbedingt mehr Sicherheit, wenn nicht gleichzeitig zivile Mitspracherechte und Einflussmöglichkeiten entstehen. Mord oder Misshandlung durch staatliche „Sicherheitskräfte“ bedeuten für Teile der Bevölkerung oft ein höheres Risiko als die Gefahren durch eine Rebellenarmee oder „normale Kriminelle“. Das Fazit einer Untersuchung zur Frage der Bedrohungslage von Menschen in Südostasien ist hier symptomatisch: „Es ist wichtig zu betonen, dass die meisten Gemeinden sich durch die Exzesse der Sicherheitskräfte und der Polizei bedroht fühlten. In einigen Fällen wurden die Staatsorgane im Vergleich zu den bewaffneten ‚Militanten‘ als gefährlicher empfunden.“¹²

Ausgaben für zivile Infrastruktur, für Bildung und medizinische Versorgung sind für viele Länder nur möglich durch eine radikale Umverteilung ihrer Ressourcen und mit zielgerichteter Hilfe von außen. Doch die Hilfe von außen besteht häufig genug in einem breiten Angebot an Waffensystemen. In Südasien nahmen Militärausgaben von 1991 bis 2000 um 59% zu. In Afrika (südlich der Sahara) nahm zwar in den 90er Jahren der Waffenimport offiziell ab, er stieg aber 1999 und 2000 wieder drastisch an. So hat z.B. Angola 2004 4,2% des Bruttoinlandsproduktes für Militär ausgegeben aber nur 2,7% für den Bildungsbereich.¹³

Der internationale Waffenhandel ist fest in der Hand der G8-Staaten. Sechs der acht Länder gehören zu den Top10 der globalen Waffenexporteure. Den ersten Platz nehmen die USA ein, gefolgt von Großbritannien, Frankreich, Russland, Deutschland und Italien. Besonders auffällig ist, dass Waffen - trotz anderer Gesetzeslage - schwerpunktmäßig in Krisengebiete geliefert werden. Im Mittel der letzten Jahre gingen jährlich Waffen im Wert von 15 Milliarden US\$ in die Region

12 Banerjee, Dipankar/Muggah; Robert: *Small Arms and Human Insecurity*, Colombo, 2002, S. 57

13 SIPRI Yearbook 2006, Oxford 2006.

Naher Osten, mit dem Ergebnis, dass im Libanonkrieg im Sommer 2006 nicht nur deutsche Waffen auf beiden Seiten der Front eingesetzt wurden. Frankreich und Deutschland haben trotz eines EU-Embargos Waffen z.B. nach China, Myanmar und den Sudan exportiert. Deutsche Kleinwaffen gingen in den letzten Jahren u.a. nach Ägypten, Kasachstan, Kuwait, Malaysia, Mexiko, Thailand und Nepal. Vor allem die letztgenannten Länder sind Unruhegebiete in denen davon auszugehen ist, dass die Waffen gegen die Zivilbevölkerung eingesetzt werden.

Gerade der Bereich der Klein- und Leichtwaffen ist besonders wichtig, da sie in 46 von 49 innerstaatlichen Konflikten der jüngsten Vergangenheit das vorrangige Gewaltmittel gewesen sind und für die meisten Opfer verantwortlich waren. Sie kommen dabei v.a. dann zum Einsatz, „wenn die Konfliktparteien die Ausbeutung einmal erobeter Rohstoffvorkommen sicherstellen wollen.“¹⁴ Laut dem Small Arms Survey 2006 zählen zu den wichtigsten acht Exporteuren solcher Waffen neben Brasilien und China vier G8-Staaten, die Vereinigten Staaten, Russland, Italien und Deutschland.¹⁵ Insgesamt behauptet Deutschland beim Wert der Kleinwaffenexporte weltweit einen unrühmlichen dritten Platz.¹⁶

Der Gesetzestext des Kriegswaffenkontrollgesetzes ist zwar restriktiv, aber das deutsche Außenwirtschaftsgesetz fördert faktisch den Export von Waffen. Eines der wichtigsten rechtlichen Schlupflöcher ist der Export von Komponenten. So werden z.B. Deutzmotoren in der Ukraine in gepanzerte Fahrzeuge eingebaut und dort mit Granatwerfern oder Ähnlichem ausgestattet. Ein weiteres Problem ist die Lizenzvergabe. Besonders berüchtigt ist hier Heckler und Koch, deren Sturmgewehre in allen Krisengebieten der Welt zu finden sind. Auch der Weitervertrieb von Waffen in Drittländer wird kaum kontrolliert. Ganz offensichtlich sind die Gesetze sowie deren Umsetzung wenig adäquat. Auch neuere Versuche, wie das EU-Grünbuch für Rüstungsexport, versprechen keine Abhilfe, da sie im wesentlichen an der Wettbewerbsfähigkeit der EU-Rüstungsindustrie orientiert sind. Durch diese Politik tragen die beteiligten Staaten Verantwortung für politische Spannungen, Ausbeutung und Gewalt an Zivilistinnen.

Die G8-Länder, als größte Waffenexporteure, tragen hier bei der Reduktion von Rüstungsexporten die zentrale Verantwortung. Ein weiteres Ressort, das öffentliche Ausgaben im sozialen Bereich drastisch erschwert, ist der Bereich der Schuldentilgung, Schulden, die nicht selten dadurch entstehen, dass Industriestaaten mit Bürgschaften Waffenexporte in verarmte Länder absichern.

¹⁴ Wisotzki, Simone: Kleinwaffen ohne Grenzen: Strategien jenseits der Rüstungskontrolle gefordert, HSFK-Report 15/2005, S. 4.

¹⁵ Small Arms Survey 2006, Kapitel 3.

¹⁶ Controll arms 6/2005.



Kredite, Ausbeutung und internationaler Waffenhandel

„Export Kreditanstalten“ (EKAs), Exportbürgschaften und Exportversicherungsagenturen (in Deutschland z.B. Hermes Kreditversicherungs-AG) sind ein zentrales Strukturelement vieler Geschäftsbeziehungen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern. Durch öffentliche Einrichtungen werden die Risiken privater Unternehmen bei ihren Auslandsgeschäften abgesichert. Es handelt sich dabei in der Regel um industrielle oder militärische Großprojekte, die zum Teil verheerende regionale und globale Auswirkungen haben. Das Finanzvolumen, das über EKAs abgewickelt wird, ist wahrscheinlich doppelt so hoch wie das Finanzvolumen der Weltbank und anderer multilateraler „Entwicklungshilfebanken“ zusammen.¹⁷ Es geht dabei um ein jährliches Finanzvolumen von 50 bis 70 Milliarden Dollar. Finanziert werden u.a. Straßenbauprojekte durch unberührte Urwälder, gigantische Staudammprojekte, Öl-Pipelines, riesige Kraftwerke und Minenprojekte. Diese Projekte sind für die biologische wie auch für die soziale Umwelt oft katastrophal. Gleichzeitig ist ihre Durchführung so riskant (nicht zuletzt wegen des absehbaren Widerstands der Bevölkerung), dass sie in der Regel nur durch staatliche Kreditabsicherung rentabel werden.

Besonders übel ist die Rolle der EKAs im Bereich Waffenhandel. Waffenlieferungen in Krisengebiete (z.B. nach Kolumbien, Algerien, Indonesien oder noch in den 1980er Jahren aus Deutschland in den Irak) wurden und werden regelmäßig durch Exportbürgschaften abgesichert. So wird die Wahrscheinlichkeit und die Intensität bewaffneter Auseinandersetzungen zusätzlich erhöht. Außerdem bilden die Kredite für Waffenverkäufe sicher das Musterbeispiel für unproduktive Investitionen. Häufig schaffen EKAs genau so die Risiken, gegen die sie ihre Auftraggeber versichern. Ohne den nahezu barrierefreien Zugang zu teilweise extrem billigen Waffen wären viele Konflikte nicht möglich.

Mehr als dreißig deutsche Unternehmen sind in diese Geschäfte verwickelt. Da Waffen, wenn sie einmal produziert, und Lizenzen, wenn sie einmal vergeben sind,

¹⁷ Norlen, Doug u.a.: Unusual Suspects (ECA Watch), 2002.

offensichtlich kaum kontrolliert werden können, bleibt das Verbot von jeglichem Waffenexport und jeglicher Lizenzvergabe sowie eine Abrüstung auch der Armeen der G8 die einzig politisch konsequente Forderung. Ergänzt werden muss dies durch verstärkte Anstrengungen beim Einsammeln und Zerstören von Waffen und Munition, die sich im Umlauf befinden, sowie weltweite Abkommen zur Nichtverbreitung von Kleinwaffen.

Militärische Interventionen sind keine Lösung

Ein Teil der globalen Militärintervention wird als so genannte humanitäre Intervention zur Hilfe der Bevölkerung in Bürgerkriegen deklariert. Unter Begriffen wie „Stabilitätsexport“ und „Demokratisierung“ werden militärische Interventionen als - einziges - Allheilmittel zur Bekämpfung von Kriegen und Konflikten in der Dritten Welt propagiert. Liegt die „Lösung“ der Konflikte wirklich in militärischen Interventionen? Einmal abgesehen davon, dass solche Interventionen meist nur dann stattfinden, wenn hier auch handfeste ökonomische, politische oder strategische Interessen involviert sind, bleibt die Frage spannend, ob es für die Bevölkerung nicht wenigstens einen positiven Nebeneffekt haben könnte. Verkürzen Interventionen tatsächlich die Auseinandersetzung und damit das Leiden der Zivilbevölkerung? Wiederum liefert die Weltbank hierauf eine eindeutige Antwort: „Die Ergebnisse sind enttäuschend.“¹⁸

Mit militärischen Mitteln zivile Ordnung herzustellen scheint – vorsichtig formuliert – ein schwieriges Unterfangen zu sein. „Die einzige militärische Intervention, die systematisch effektiv war, war Unterstützung auf Seiten der Rebellen: offensichtlich kann externe militärische Unterstützung eher eine Regierung besiegen als eine Rebellenorganisation.“¹⁹ Die wiederholten „Interventionen“ in Afghanistan unterstreichen dieses Phänomen anschaulich. Die Sowjetunion konnte trotz massiver militärischer Präsenz, die Kabuler Regierung nicht stützen, während die USA und Pakistan durch die Unterstützung der Mudschaheddin schlussendlich den militärischen Sieg erringen konnten. Dieser konnte allerdings nicht in politische Stabilität umgesetzt werden. Das entstandene Machtvakuum füllten die Taliban. 2001 gelang es den USA und ihren Alliierten zwar wiederum – diesmal mit der Nordallianz – die Taliban-Regierung zu stürzen. Am Aufbau eines Friedens durch Intervention auf Seiten der Karsai-Regierung scheitern aber sowohl US-Militärs als auch die ISAF-Truppen. Militärischer „Demokratieexport“ so zeigen nicht nur die Beispiele Afghanistan und Irak, ist sogar kontraproduktiv, wie auch die Studie der Bertelsmann-Stiftung unterstreicht: „Eine primär extern gestützte Demokratisierung hingegen, soviel haben die Entwicklungen in den letzten Jahren gezeigt, hat wenig Aussicht auf Erfolg und wirkt eher destabilisierend.“²⁰

Es gibt zwar durchaus Interventionen, die abschließend eine stabilere Lage hinterlassen haben, dieses Ergebnis

ist allerdings auch (und häufiger!) in Situationen zu beobachten, bei denen es keine Interventionen gab. Auch neutrale oder multilaterale Interventionen verkürzen die Konfliktdauer nicht. „Unabhängig davon, wie die Intervention konzipiert ist ... es scheint keinen Strategie-Mix zu geben, der zu einer kürzeren Dauer führt. Selbst ein neutraler Ansatz oder die Organisation der Intervention unter multilateraler Federführung reicht nicht aus für ein effektives Konfliktmanagement.“²¹ Leider ziehen die reichen westlichen Staaten (plus Russland) aus solchen Fakten nicht den Schluss, Militär als Instrument zur Herstellung von „Sicherheit und Ordnung“ in ihrer Außen- und Innenpolitik kritisch zu hinterfragen, sondern verstärken ihre militärischen Aktivitäten – frei nach dem Motto: wo Gewalt nicht hilft, ist eben noch mehr Gewalt nötig.

Fazit

Ein Plädoyer gegen militärische Interventionen darf nicht gleichgesetzt werden mit Nicht-Einmischung. Es gibt zahlreiche Ansatzpunkte an denen – neben der rein humanitären Hilfe (Nahrung, medizinische Hilfe etc.) – die Konfliktdynamiken unterbrochen werden können. Kein Krieg funktioniert ohne Soldaten, ohne Geld und ohne Waffen. Verbote von Rüstungsexporten, Druck auf Staaten, die Krisengebiete beliefern, internationale Kontrolle von Finanzströmen (aus Ressourcenverkauf oder von militanten Exil-Gruppierungen) und Hilfe für Deserteure (z.B. Asyl) wären sehr effektive Möglichkeiten der Konflikteindämmung. Hier hätten die G8-Staaten viele Möglichkeiten zur Deeskalation in der Hand. Es steht zu befürchten, dass die versammelten Staats und Regierungschefs weiterhin ihre Verantwortung für die Entstehung und Aufrechterhaltung von Kriegen und Bürgerkriegen weit gehend ausblenden und stattdessen ihre aggressive Politik fortsetzen werden.

Alle G8-Staaten (auch Russland) tragen bei zur globalen Durchsetzung neoliberaler Wirtschaftspolitik die über militärische Stärke abgesichert wird. Gerade der unmittelbare Zusammenhang zwischen Neoliberalismus, Verarmung und daraus resultierenden Konflikten zeigt, dass die G8-Staaten immer stärker zu einer militärischen Absicherung dieser Weltwirtschaftsordnung übergehen (müssen). Wer aber effektiv Krisen und Konflikten begegnen möchte, der muss endlich gewillt sein, diese Wirtschaftsordnung grundlegend zu kritisieren. Notwendig ist endlich eine konsequente Armutsbekämpfung statt der Bekämpfung der Armen!

18 Collier S.46.

19 Collier S. 46.

20 Aurel/Hauke 2006.

21 Regan, Patrick M.: Third Party Interventions and the Duration of Intrastate Conflicts; 2002, S. 31.